

Die transatlantischen Beziehungen – eine neue Welle des Protektionismus?

Friedrich Merz

Wir leben inmitten einer Zeitenwende, wenn nicht gar inmitten einer Epochenwende. Zeiten- oder Epochenwenden zeichnen sich dadurch aus, dass diejenigen, die sie mitgestaltet oder wenigstens miterlebt haben, erst im Abstand der Zeit bemerken, wie tiefgreifend der Wandel wirklich war, der da stattgefunden hat. Wir werden in einigen Jahren feststellen, dass spätestens mit der deutschen Wiedervereinigung und den darauf folgenden Jahren der Zerfall der bipolaren Nachkriegsordnung aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einsetzte, und wir rund dreißig Jahre später in eine Phase der Geschichte eintreten, die man mit dem Berliner Historiker Heinrich August Winkler als neuen Kulturkampf im Westen um die grundlegenden Werte unserer Freiheit und unseres Wohlstands bezeichnen muss. Was sind die Bestimmungsfaktoren dieses Epochenwandels?

Zum einen: Die Globalisierung wird real. Das gilt im Guten wie im Schlechten. Nicht nur der globale Handel wächst, auch der Terrorismus nutzt offene Grenzen und offene Gesellschaften für sein zerstörerisches Werk. Diese Herausforderung einschließlich der Stellvertreterkriege, die im Schatten des Terrorismus geführt werden, und einschließlich der Flüchtlingsströme, die beides auslöst, wird uns noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte beschäftigen. Zum Zweiten: Die politischen und ökonomischen Zentren auf der Welt verschieben sich. Man könnte auch von tektonischen Verschiebungen sprechen, weg von Europa, hin nach Asien. Während die Bevölkerung im alten Europa allenfalls stagniert, in den meisten Ländern sogar schrumpft und in jedem Falle weiter altert, wachsen die Länder Asiens weiter und mit der jungen Bevölkerung dort wachsen Innovationskraft und Wohlstand, aber auch politischer und ökonomischer Macht- und Gestaltungsanspruch der jeweiligen politischen Führung. Zum Dritten: Internet und Digita-

lisierung beschleunigen alle politischen und ökonomischen Prozesse. Unsere Welt im 20. Jahrhundert war analog und linear, die Welt im 21. Jahrhundert ist digital und exponentiell. Daten und Algorithmen bestimmen die Märkte von morgen, Internet, Software und Hardware wachsen zusammen, verlagern und ersetzen menschliche Arbeit in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Viertens: Man muss mit der monokausalen Begründung nicht einverstanden sein, aber der Klimawandel findet statt, und er wird großen Einfluss auf das Zusammenleben der Menschen auf unserem Planeten haben – wir können vermutlich lediglich den Umfang dieses Einflusses bestimmen, nicht aber das Faktum an sich. Und last but not least: Die politischen Systeme werden durch diese Entwicklungen herausgefordert, wenn nicht gar in Frage gestellt. Den so überaus erfolgreichen, liberalen, parlamentarischen Demokratien des Westens und den von ihnen geschaffenen Institutionen wird von einer wachsenden Zahl von Wählern die Lösung der Probleme schlicht nicht mehr zugetraut.

Was folgt daraus für unsere Gesellschaften auf beiden Seiten des Atlantiks?

Wir neigen aus europäischer Sicht dazu, die Verhältnisse in den USA insbesondere nach den letzten Wahlen mit einer gewissen Herablassung zu betrachten. Dabei sollten wir nicht übersehen, dass wir es auch in Europa mit einer voranschreitenden Trivialisierung der politischen Diskussion zu tun haben und damit einhergehend mit einer beunruhigenden Anfälligkeit für politischen Populismus. Wir müssen auch aus unserer europäischen Sicht eine gewisse Hinwendung zu innenpolitischen Themen feststellen und zugleich eine abnehmende Bereitschaft zum internationalen Engagement. Deshalb heißt die erste Schlussfolgerung aus der gegenwärtigen Lage: Europa muss jetzt wirklich international handlungsfähig werden, und das heißt konkret: Weg vom Klein-Klein der Brüsseler Bürokratie, hin zu den wesentlichen politischen Fragen der Gestaltung einer politischen Ordnung des 21. Jahrhunderts.

Aber auch ein wieder gestärktes Europa wird seinerseits auf verlässliche Partner in der Welt angewiesen sein, um auf Dauer das Ziel zu erreichen, einen Raum der Freiheit und des Friedens in Europa zu sichern. Unser wichtigster Partner auf der Welt können trotz aller Verwerfungen der jüngsten Zeit nach Lage der Dinge nur die Vereinigten Staaten von Amerika sein. Anders als etwa in Russland oder in China funktioniert in den USA das System der Gewaltenteilung, grundlegendes Prinzip unseres Verständnisses von Demokratie und Machtkontrolle. Unverändert sind die Amerikaner uns und wir den Amerikanern über den Nordatlantik-Vertrag miteinander verbunden. Wir schulden uns gegenseitig Solidarität bei der Bedrohung unserer Freiheit, und die Amerikaner haben diese Solidarität nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ja auch in Anspruch genommen. Gleichzeitig müssen Amerikaner und Europäer offen sein für neue strategische Verpflichtungen etwa im Rahmen internationaler Handelsverträge, die auch anderen freien Zugang zu unseren Märkten geben und umgekehrt. Und schließlich: Diese Herausforderungen und die notwendigen Antworten darauf stellen Deutschland in eine besondere Verantwortung. Ohne Deutschland wird weder der europäische Einigungsprozess auf Dauer gelingen, noch wird die europäische Staatengemeinschaft ohne Deutschland eine verlässliche Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika erreichen können. „Deutschland ist für die Welt zu klein und für Europa zu groß“ – dieses alte Wort von Henry Kissinger kennzeichnet auch im 21. Jahrhundert die besondere Schwierigkeit, Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt richtig zu finden und wahrzunehmen. Das ernsthafte Ringen um Lösungen wird auf beiden Seiten des Atlantiks auch den politischen Populismus und seine Protagonisten in die Schranken weisen, denn die Mehrheit der Bevölkerung in Europa und in Amerika weiß den Wert von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat sehr wohl zu schätzen – vorausgesetzt, ihre Institutionen und Akteure zeigen sich den Aufgaben unserer Zeit gewachsen.